

29. Dezember 2023

BUND zum Flächenverbrauch:

„Bauwahn führt nicht zu preiswertem Wohnraum“

Ludwigsburg. Nahezu alle Politiker fordern mehr Neubau von Wohnungen, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Dafür brauche man vor allem neue Bauflächen auf der „Grünen Wiese“, so die Argumentation. Diese scheinbar einleuchtende Lösung kritisiert der Kreisverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als zu einfach und deshalb falsch.

Allgemein werde angenommen, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen mit einem Mangel an Wohnraum zu tun habe. Dies ist laut BUND jedoch nachweislich falsch. Es komme vielmehr darauf an, ob teures Wohneigentum oder Sozialwohnungen gebaut würden. Der weitere Zubau von teuren Einfamilienhäusern allerorten verstärke lediglich den umweltschädlichen Flächenverbrauch. So verschwinden allein in Baden-Württemberg täglich über drei Hektar wertvoller Boden unter Beton und Asphalt.

„Die Landesregierung hatte sich schon mal das Ziel gesetzt, bis 2025 „Netto-Null“-Flächenverbrauch zu erreichen“, meint der BUND-Kreisvorsitzende Stefan Flaig. Davon sei man Lichtjahre entfernt. Im Gegenteil: Die Politik habe den Flächenverbrauch mit dem Ausnahmeparagrafen § 13 b Baugesetzbuch noch angeheizt, der die Ausweisung neuer Baugebiete erleichtert hat. „Allein im Kreis Ludwigsburg haben wir 24 Fälle recherchiert, wo 13b-Baugebiete ausgewiesen wurden bzw. noch werden sollen“, so Flaig.

„Wir haben gerade in den Ballungsräumen eine Wohnungspreisnot, die nicht durch den Neubau teuren Eigentums behoben werden kann!“ ist Flaig überzeugt. Laut dem Pestel-Institut gebe es mehr als 30.000 einkommensarme Haushalte im Landkreis, doch gebaut würden fast überall nur teure Ein- und Zweifamilienhäuser zum Kauf. „Damit die Wohnungspreisnot zu bekämpfen, ist so falsch, wie den Spitzensteuersatz zu senken, um Geringverdiener zu entlasten“, kritisiert Flaig.

-2-

Es brauche vielmehr eine Innenentwicklung, unter anderem mit der Wiederbelegung der leerstehenden Einfamilienhäuser im Bestand. Gerade diese böten in allen Kommunen ein großes Potenzial für die vermögenden, jungen Familien, auch wenn das Potenzial noch nicht auf den Markt komme und dadurch fast unsichtbar sei. „Mit weiter sinkenden Immobilienpreisen rechnen wir aber damit, dass immer mehr Erben die Lage erkennen und die Häuser ihrer Eltern auf den Markt bringen“, so der BUND in seiner Mitteilung.

Daneben sollten sich die Kommunen auf den Neubau von preiswerten Mietwohnungen und altersgerechten Wohnungen im Bestand konzentrieren, und zwar solchen, die beispielsweise durch Erbpacht dauerhaft als Sozialwohnungen erhalten bleiben. Nur so könne das hohe Mietpreisniveau nachhaltig gesenkt und die Wohnungsnot behoben werden, so der BUND.

Auch zahlreiche Gewerbebauten stünden leer und könnten für Wohnbauzwecke umgenutzt werden. Der Erhalt und die Modernisierung des Gebäudebestandes hat für den BUND absoluten Vorrang vor neuer Flächenversiegelung. Nutzbarer Wohnraum dürfe auch nicht mehr abgebrochen werden. Gebäudeabrisse verursachen jährlich Millionen Tonnen CO₂ und Abfall, zerstören bezahlbaren Wohnraum und historische Baukultur. Der BUND hat sich in diesem Punkt in einem breiten Bündnis u. a. mit den Architektenkammern solidarisiert und fordert ein „Abrissmoratorium“.

*Die Pressemitteilung enthält 3247 Zeichen (mit Leerzeichen)
Stefan Flaig, Stefan.flaig@bund.net, Tel.: 07144/818838*